

St. Galler Tagblatt, 24. Juni 2004

## **Die Schweiz soll Spitze bleiben**

Die Hochschullandschaft ist im Umbruch. Es entsteht ein riesiger europäischer Hochschulmarkt. Und damit ein Wettbewerb zwischen den Ländern um die klügsten Köpfe. Die Schweiz muss sich reformieren, wenn sie auch im neuen Umfeld eine Spitzenstellung erreichen will.

Von Christian Aeberli, Bildungsexperte der Denkfabrik Avenir Suisse.

Zwei Ereignisse haben im Hochschulwesen Anstoss zu fundamentalen Veränderungen gegeben: 1995 hat die Schweiz die höheren Berufsschulen durch das Fachhochschulgesetz den universitären Hochschulen weit gehend gleichgestellt. 1999 haben die europäischen Bildungsminister in Bologna beschlossen, die Hochschulabschlüsse zu harmonisieren und dadurch die Mobilität der Studierenden zu erhöhen. Durch die Deklaration von Bologna entsteht in Europa aus den Bildungseinrichtungen von vierzig Ländern ein einziger grosser Hochschulraum mit Hunderten von Hochschulen und Hunderttausenden von Studierenden.

Die Schweiz ist ein Teil davon. Von der Integration sind zehn kantonale Universitäten, zwei Eidgenössische Technische Hochschulen sowie sieben kantonale oder interkantonale Fachhochschulen mit rund sechzig Teilschulen betroffen. An den beteiligten Universitäten gibt es 109 000 Studierende, an den Fachhochschulen 44 000 Studierende.

## **Nachfrage nach Studienplätzen steigt**

Dank der strategischen Bedeutung von Information und Wissen als Produktionsfaktoren der Wirtschaft steigt weltweit der Bedarf an gut ausgebildeten Menschen. Junge Leute wissen darum und suchen weltweit nach exzellenten Studienplätzen. Allein in China schliessen jährlich 2,5 bis 3 Millionen Chinesinnen und Chinesen ihre Ausbildung an einer Hochschule ab. Zudem lernen heute mehr Chinesen Englisch, als Amerikaner Englisch sprechen. Obwohl das Angebot an tertiären Bildungsstätten in der Schweiz gross ist, schliessen nur gerade 19 Prozent eines Jahrgangs ein Hochschulstudium ab. Diese Zahl liegt deutlich unter dem Durchschnitt der OECD-Länder von dreissig Prozent. In Australien, Finnland, Neuseeland oder Island werden sogar doppelt so viele Hochschulabschlüsse wie in der Schweiz vergeben. Dank der Integration der höheren Berufsschulen in die Hochschullandschaft, dank des Abkommens von Bologna sowie der erhöhten Bildungsnachfrage ist der Bildungsmarkt nun auch in der Schweiz in Bewegung geraten. Es entsteht Wettbewerb zwischen den Hochschulen um leistungsfähige Studierende, und das Land sieht sich zunehmend einem Wettbewerb um die klügsten Köpfe ausgesetzt. Noch ist die Ausgangslage der Schweiz gut. Doch auch andere Länder wie Deutschland mit dem Ruf nach Eliteuniversitäten oder England mit der Erhöhung der Quote der Hochschulabsolventen und der Studiengebühren schlafen keineswegs. Alle realisieren, dass der Ausbildungsstand der Bevölkerung und der Wohlstand eng miteinander verknüpft sind. Es ist deshalb sehr begrüssenswert, wenn nun auch Bundesrat Pascal Couchepin die Initiative für eine Neuordnung des Hochschulbereichs ergreift.

## **Fünf Erfolgsfaktoren**

Um das Schweizer Hochschulwesen konkurrenzfähig halten zu können, sollten insbesondere fünf Erfolgsfaktoren berücksichtigt werden: Erstens sollten mehr Studienplätze angeboten werden. Nur dadurch kann die Schweiz die Quote der Hochschulabsolventen auf das Durchschnittsniveau der OECD von 30 Prozent verbessern. Mit einem ausgeweiteten Angebot können gleichzeitig noch mehr leistungsfähige junge Ausländerinnen und Ausländer in unser Land geholt werden. Ein hoher Ausbildungsstand der Bevölkerung ist generell Voraussetzung für Wissenstransfer und Innovation in den Bereichen der Wirtschaft, die für hohe Wertschöpfung und damit Prosperität des Landes stehen. Zweitens gilt es die Steuerung des schweizerischen Hochschulsystems zu vereinfachen. Heute sind viel zu viele Stellen für die Hochschulen zuständig. In Bern kümmern sich zwei Bundesämter und ein Staatssekretariat um Hochschulfragen. Dazu kommt der Wissenschafts- und Technologierat, der den Bundesrat in wichtigen Hochschulfragen berät. Auch die Koordination zwischen dem Bund und den Kantonen ist sehr aufwendig. Zudem ist die Regelungsdichte durch Gesetze und Verordnungen auf eidgenössischer und kantonaler Ebene sehr hoch. Für die universitären Hochschulen und die Fachhochschulen sollte auf Bundesebene eine einzige gemeinsame Leitungsstruktur eingerichtet werden. Diese müsste den Hochschulen genügend Autonomie gewähren, damit sie sich besser an den Markt und die internationalen Trends anpassen können. Drittens darf die Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte nicht auf die Hochschulen durchschlagen. Das hätte einen massiven Qualitätsverlust zur Folge. Schon jetzt sind die Betreuungsverhältnisse zwischen Professoren und Studierenden unhaltbar: An der Universität Zürich variieren sie zwischen 1:20 und 1:300. An den Top-Universitäten der USA liegen sie zwischen 1:10 und 1:15. Die Finanzierung der Hochschulen durch den Bund und die Kantone sollte neben einem fixen Teil auch variable, outputorientierte Komponenten berücksichtigen (beispielsweise die Studienabbruchsquote oder die durchschnittliche Studiendauer). Zudem sollten die Hochschulen unternehmerischer sein, um gewisse Mittel selber verdienen zu können (beispielsweise im Bereich Weiterbildung). Sie sollten weiter die Höhe der Studiengebühren festlegen können. Höhere Studiengebühren, um die wohl auch die Schweiz nicht herum kommt, sind in erster Linie für die Qualitätsverbesserung einzusetzen. Selbstverständlich braucht es dazu ein Stipendien- und Darlehenssystem, welches die Gebühren abfedert. Auch die Kosteneffizienz der Hochschulen ist zu verbessern. Insbesondere dürfen Angebote und Nachfrage nicht auseinander klaffen. Zum Beispiel indem Mindestgrößen für Studiengänge definiert werden. Lehrgänge müssen bei tiefen Studierendenzahlen geschlossen werden, wenn in einem anderen Kanton oder im europäischen Ausland ein Angebot besteht. Nur wenn ein nationales Interesse auf dem Spiel stände, wäre eine Fortführung opportun.

## **Strengere Selektion**

Viertens sollte strikt dem Gebot nachgelebt werden, dass die Qualität von Hochschulen weitgehend durch die Leistungsfähigkeit der Studierenden bestimmt wird. Diese Erkenntnis machen sich fast alle erfolgreichen Hochschulen der Welt zunutze. Seien es die Universitäten in Harvard, in Oxford oder an der Sorbonne, sie alle wählen ihre Studierenden selber aus. In der Schweiz selektioniert einzig die Universität St. Gallen ihre ausländischen Studienanwärterinnen und -anwärter anhand einer Zulassungsprüfung. Dank eines Auswahlverfahrens haben die Hochschulen die Möglichkeit, die Zahl ihrer Studierenden selber zu steuern; damit haben sie ein wichtiges Instrument zur Qualitätssicherung in der Hand. Wenn der freie Zugang zu den Hochschulen beibehalten wird, werden diese noch mehr überlaufen, und es droht die Gefahr einer Nivellierung der Hochschulen nach unten. Das führt zwangsläufig zu einem Exodus der klügsten Köpfe an renommierte Hochschulen im Ausland.

## **Durchlässigkeit erhöhen**

Fünftens sind Fachhochschulen grundsätzlich als Hochschulen wie die Universitäten und ETHs zu betrachten. Für alle sollten ähnliche Rahmenbedingungen und Steuerungsmechanismen gelten. Insbesondere sollte es für Studierende mit entsprechender Eignung möglich sein, von der einen in die andere Institution zu wechseln. Das Beibehalten der traditionellen Unterscheidung der Hochschultypen verhindert beispielsweise die sinnvolle Fusion der Universität Basel mit der Fachhochschule beider Basel. Stattdessen möchte der Bund die Fachhochschulen in den Kantonen Aargau, Solothurn, Baselland und Basel-Stadt zu einer einzigen nordwestschweizerischen Hochschule zusammenführen, bei der weder Jura noch Kantonsgrenzen eine Rolle spielen. Die einzelnen Hochschulen sollten im Rahmen von Leistungsaufträgen und Globalbudgets grösstmögliche Autonomie erhalten. Das gilt besonders bezüglich ihres Angebots an Ausbildungsgängen und der inneren Organisation. Mittels Profilbildung sollten sie sich strategisch klar positionieren und so ausrichten, damit sie für spezifische Gruppen von Studierenden und Dozierenden hoch attraktiv sind. Auf diesem Weg verschaffen sich Hochschulen generell Wettbewerbsvorteile.

## **Global, europäisch, national**

Die Hochschule Schweiz muss sich neu ausrichten und dabei entscheiden, ob sie nationalen oder internationalen Ansprüchen folgen soll. Was sich anbietet, ist ein trivalentes Hochschulsystem, das sich klar an der Nachfrage orientiert: national, international, global. Globale Hochschulen haben Spitzenausbildungsgänge und Forschung auf höchstem internationalem Niveau zum Ziel. Sie zeichnen sich durch exzellente Lehre, Betreuung und Forschung sowie durch ein hervorragendes Weiterbildungsangebot aus (z.B. die ETH Zürich). Europäische Hochschulen stehen im europäischen Wettbewerb. Die Stärken liegen in der Lehre und Betreuung sowie einer praxisorientierten Weiterbildung und Forschung. Die Ausbildung orientiert sich an der grossen Mehrheit der Studierenden, die nach Abschluss einen Beruf ergreifen und nicht in die akademische Lehre oder die Forschung gehen (z.B. die Fachhochschule beider Basel). Nationale Hochschulen haben eine eher regionale Ausrichtung. Es werden Studiengänge angeboten, die auf berufliche Tätigkeiten im Inland vorbereiten (z.B. die Pädagogischen Hochschulen). Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, die Modernisierung unserer Hochschulen in Angriff zu nehmen. Denn im Jahr 2008 müssen neue gesetzliche Grundlagen in Kraft sein. Ergreifen wir diese einmalige Chance zur Reform des Bildungsstandorts Schweiz.